

Stand: 05.05.2024 09:43:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/22202

"Digitale Arbeit nachhaltig in der Arbeitswelt etablieren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/22202 vom 06.04.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/24362 des SO vom 29.09.2022
3. Beschluss des Plenums 18/24703 vom 27.10.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 125 vom 27.10.2022



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner, Robert Riedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Franz Rieger, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer CSU

Digitale Arbeit nachhaltig in der Arbeitswelt etablieren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Coronapandemie den Arbeitsalltag nachhaltig verändert und die digitale Transformation der betrieblichen Arbeitswelt maßgeblich beschleunigt hat. Im Zuge dessen kommt dem mobilen Arbeiten und dem Arbeiten im Homeoffice in Zeiten der Digitalisierung, der Globalisierung, der demographischen Entwicklung und besonders zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine immer größere Bedeutung zu. Außerdem kann eine Reduzierung des Pendlerverkehrs positive Beiträge zum Klimaschutz leisten sowie den Bedarf an fossilen Kraftstoffen reduzieren, deren Ausgangsstoffe importiert werden müssen, was auch kurzfristig angesichts der international angespannten Sicherheitslage anzustreben ist.

Im Hinblick auf eine sich wandelnde Arbeitswelt wird die Staatregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für langfristige Anreize und praktikable Regeln beim digitalen Arbeiten einzusetzen. Dies umfasst zunächst die rechtliche Abgrenzung von Homeoffice und mobiler Arbeit, u. a. auch hinsichtlich des Geltungsbereichs der Arbeitsstättenverordnung. Sogenannte Coworking-Spaces bieten dabei eine gute Möglichkeit für mobile Arbeit und die Stärkung ländlicher Regionen und sollen entsprechend ausgebaut werden.

Im Zuge dessen gilt es, klare rechtliche Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für gute Arbeitsbedingungen bei der digitalen Arbeit zu schaffen, wobei zum einen der Arbeits-, Gesundheits- und Datenschutz als zentrale Parameter zu beachten sind. Der Landtag bekennt sich somit klar zum Schutz der Gesundheit der Beschäftigten. Zum anderen sollen die Rahmenbedingungen keine Pflicht für Unternehmen enthalten und die jeweiligen Betriebsabläufe beachten.

Zudem fordern Beschäftigte im Rahmen der digitalen Transformation zunehmend flexiblere Arbeitszeitmodelle. Über entsprechende Maßnahmen, wie hybride Arbeitszeitmodelle im Wechsel zwischen mobiler Arbeit und vor Ort im Betrieb, könnten alternative Möglichkeiten zur Nutzung von Büros in den Vordergrund gelangen, bspw. mit zusätzlichen Räumen für Begegnung, Kooperation und Teamwork sowie Flächen für Kreativität und Innovation. Mit dem Wissen um klare Regelungen hätten Unternehmen zudem die Chance, sich im Sinne der Arbeitgeberattraktivität – insbesondere auch im ländlichen Raum – und Organisationskultur klarer zu positionieren.

Um die Chancen der Digitalisierung sowohl für Beschäftigte als auch für Arbeitgeber zu nutzen, bedarf es einer grundlegenden Flexibilisierung der Arbeitszeitregeln. Ohne Aufweichung des Arbeitnehmer- und Gesundheitsschutzes sollen Arbeitsprozesse und Arbeitsbedingungen unbürokratisch flexibilisiert und Regelungen familienfreundlich ausgestaltet werden. Außerdem soll im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber eine Verteilung der Arbeitszeit auf die gesamte Woche, bei entsprechend unbürokratischer Arbeitszeiterfassung, möglich sein.

Um digitale Arbeit nicht nur als infektionsschutzrechtliches Instrument im Rahmen der Krisenbewältigung, sondern als zukünftiges Arbeitsmodell zu sehen, bedarf es zudem einer Entfristung der steuerlichen Regelung zur Unterstützung des Homeoffice mit einer Erhöhung der Homeoffice-Pauschale.

Begründung:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und anderer Gesetze vom 24. November 2021 wurde ein bundesweit anwendbarer Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der Coronapandemie verabschiedet. Insbesondere wurden Arbeitgeber weiterhin verpflichtet, den Beschäftigten im Falle von Büroarbeit oder vergleichbaren Tätigkeiten Homeoffice zu ermöglichen. Die geltende Homeoffice-Pflicht wurde in § 28b Abs. 4 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) geregelt und war von Anfang an befristet bis einschließlich 19. März 2022.

Die Erfahrung nach dem Ende der ersten Homeoffice-Pflicht, welche am 30. Juni 2021 ausgelaufen war, hat gezeigt, dass viele Arbeitgeber trotz Aufhebung der gesetzlichen Pflicht weiterhin im Einvernehmen mit den Beschäftigten Homeoffice angeboten haben.

Die Mehrheit der Jobs kann inzwischen zumindest teilweise im Homeoffice ausgeführt werden, Beschäftigte arbeiten zu Hause nachgewiesenermaßen genauso produktiv oder sogar produktiver als im Büro und ein Gros der Beschäftigten wünscht sich, dass die pandemiebedingten Möglichkeiten der digitalen Arbeit auch künftig beibehalten werden. In vielen Betrieben sind mittlerweile Betriebsvereinbarungen zum hybriden Arbeiten abgeschlossen worden, die es den Beschäftigten ermöglichen, weiterhin Homeoffice in Anspruch zu nehmen.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen der digitalen Arbeit bedürften daher einer ausgewogenen Balance zwischen Gesundheit und Sicherheit für die Beschäftigten. Unterdessen gilt es, ausreichend Flexibilität sowohl für Beschäftigte als auch für Arbeitgeber zu wahren, betriebliche Spielräume für passgenaue Lösungen zu schützen sowie unternehmerische Handlungsspielräume vor allem für kleine und mittlere Betriebe unbürokratisch und flexibilisierungshemmend auszubauen.

Die durch die Pandemie hervorgerufenen positiven Effekte in der Arbeitswelt gilt es nun aufzugreifen, weiterzuentwickeln und zu verstetigen. Bei den steuerrechtlichen Vorzügen ist die aktuelle steuerliche Regelung des Homeoffice von den Regelungen zur steuerlichen Absetzbarkeit eines Arbeitszimmers im Rahmen der Werbungskosten zu unterscheiden. Zusätzliche Kosten (bspw. Strom, Telefon, Heizung) bedeuten seit Beginn der Coronapandemie 2020 eine deutliche Mehrbelastung für alle, die von zu Hause arbeiten. Zudem fällt oftmals die Pendlerpauschale weg, da der tägliche Weg zur Arbeit entfällt. Dies wird gegenwärtig durch die Homeoffice-Pauschale ausgeglichen. Pandemiebedingt können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch außerhalb eines steuerlich anerkannten Arbeitszimmers ihre aus der Heimarbeit resultierenden Mehrkosten über einen pauschalen Ansatz von fünf Euro je Homeoffice-Tag (max. 600 Euro pro Jahr) steuerlich geltend machen. Digitales Arbeiten entwickelt sich zu einem wesentlichen Bestandteil der Arbeitswelt, sodass es die Homeoffice-Pauschale – die für die Jahre 2020 und 2021 eingeführt wurde und nur bis zum Ende des Jahres 2022 verlängert werden soll – zu entfristen und entsprechend zu erhöhen gilt.

Darüber hinaus sollen im Rahmen einer Öffnungsklausel im Arbeitszeitgesetz (ArbZG) zeitnah arbeitszeitbezogene Experimentierräume geschaffen werden, sodass es Arbeitgebern möglich ist, flexible Arbeitszeitmodelle einzuführen. Außerdem sollen Arbeitneh-

merinnen und Arbeitnehmer ihre Arbeitszeit im Rahmen von Tarifverträgen – unter bestimmten Voraussetzungen – flexibler gestalten und auch nicht tarifgebundene kleine und mittlere Unternehmen in Bayern von den Flexibilisierungen profitieren können.

Insbesondere für Beschäftigte, die im Homeoffice tätig sind oder mobil arbeiten, kann eine flexible Gestaltung des Tagesablaufs für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig sein und gleichzeitig zu einer Stärkung des ländlichen Raums beitragen. Dies wird momentan durch das starre Arbeitszeitrecht unnötig erschwert.

Im Vordergrund steht mitunter auch das Nachhaltigkeitspotenzial des digitalen Arbeitens sowie die Bereitschaft, die Vorzüge der Digitalisierung im Hinblick auf die wirtschaftlichen Ziele von Unternehmen zu nutzen. Denn digitales Arbeiten wirkt sich auch auf die Verkehrssituation und den Energiesektor aus. Berufspendler tragen zu den Hauptverkehrszeiten wesentlich zum Staugeschehen bei, wovon vorrangig der Wirtschaftsverkehr stark beeinträchtigt ist. Die Möglichkeit von Videokonferenzen erfordert oftmals keine physische Präsenz am Arbeitsplatz und dienstlich bedingte Fahrten und Reisen sind oftmals verzichtbar. Ziel sollte es insbesondere auch mit Blick auf die explodierenden Benzinpreise sein, das Pendleraufkommen durch eine stärkere Nutzung der digitalen Arbeit dauerhaft zu reduzieren. Somit würden zum einen auch für jene Verkehrsteilnehmer, die zwingend auf die Straßen angewiesen sind (bspw. Handwerk, Lieferverkehr, Rettungs- und Pflegedienste, ÖPNV), bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden und zum anderen könnte der CO₂-Ausstoß mit jedem nicht gefahrenen Kilometer verringert werden. Eine Energieeinsparung ergibt sich dabei nicht nur durch das ausbleibende Pendeln, sondern auch durch die reduzierte Nutzung der Bürogebäude. Auch bei Berücksichtigung der häuslichen Energiemehrbedarfe ließe sich überwiegend eine Einsparung von CO₂-Emissionen durch häusliches Arbeiten erreichen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU
Drs. 18/22202**

Digitale Arbeit nachhaltig in der Arbeitswelt etablieren

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Susann Enders**
Mitberichterstatlerin: **Diana Stachowitz**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 14. Juli 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungZustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Antrag in seiner 64. Sitzung am 29. September 2022 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungZustimmung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner, Robert Riedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer CSU

Drs. 18/22202, 18/24362

Digitale Arbeit nachhaltig in der Arbeitswelt etablieren

Der Landtag stellt fest, dass die Coronapandemie den Arbeitsalltag nachhaltig verändert und die digitale Transformation der betrieblichen Arbeitswelt maßgeblich beschleunigt hat. Im Zuge dessen kommt dem mobilen Arbeiten und dem Arbeiten im Homeoffice in Zeiten der Digitalisierung, der Globalisierung, der demographischen Entwicklung und besonders zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine immer größere Bedeutung zu. Außerdem kann eine Reduzierung des Pendlerverkehrs positive Beiträge zum Klimaschutz leisten sowie den Bedarf an fossilen Kraftstoffen reduzieren, deren Ausgangsstoffe importiert werden müssen, was auch kurzfristig angesichts der international angespannten Sicherheitslage anzustreben ist.

Im Hinblick auf eine sich wandelnde Arbeitswelt wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für langfristige Anreize und praktikable Regeln beim digitalen Arbeiten einzusetzen. Dies umfasst zunächst die rechtliche Abgrenzung von Homeoffice und mobiler Arbeit, u. a. auch hinsichtlich des Geltungsbereichs der Arbeitsstättenverordnung. Sogenannte Coworking-Spaces bieten dabei eine gute Möglichkeit für mobile Arbeit und die Stärkung ländlicher Regionen und sollen entsprechend ausgebaut werden.

Im Zuge dessen gilt es, klare rechtliche Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für gute Arbeitsbedingungen bei der digitalen Arbeit zu schaffen, wobei zum einen der Arbeits-, Gesundheits- und Datenschutz als zentrale Parameter zu beachten sind. Der Landtag bekennt sich somit klar zum Schutz der Gesundheit der Beschäftigten. Zum anderen sollen die Rahmenbedingungen keine Pflicht für Unternehmen enthalten und die jeweiligen Betriebsabläufe beachten.

Zudem fordern Beschäftigte im Rahmen der digitalen Transformation zunehmend flexiblere Arbeitszeitmodelle. Über entsprechende Maßnahmen, wie hybride Arbeitszeitmodelle im Wechsel zwischen mobiler Arbeit und vor Ort im Betrieb, könnten alternative Möglichkeiten zur Nutzung von Büros in den Vordergrund gelangen, bspw. mit zusätzlichen Räumen für Begegnung, Kooperation und Teamwork sowie Flächen für Kreativität und Innovation. Mit dem Wissen um klare Regelungen hätten Unternehmen zudem

die Chance, sich im Sinne der Arbeitgeberattraktivität – insbesondere auch im ländlichen Raum – und Organisationskultur klarer zu positionieren.

Um die Chancen der Digitalisierung sowohl für Beschäftigte als auch für Arbeitgeber zu nutzen, bedarf es einer grundlegenden Flexibilisierung der Arbeitszeitregeln. Ohne Aufweichung des Arbeitnehmer- und Gesundheitsschutzes sollen Arbeitsprozesse und Arbeitsbedingungen unbürokratisch flexibilisiert und Regelungen familienfreundlich ausgestaltet werden. Außerdem soll im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber eine Verteilung der Arbeitszeit auf die gesamte Woche, bei entsprechend unbürokratischer Arbeitszeiterfassung, möglich sein.

Um digitale Arbeit nicht nur als infektionsschutzrechtliches Instrument im Rahmen der Krisenbewältigung, sondern als zukünftiges Arbeitsmodell zu sehen, bedarf es zudem einer Entfristung der steuerlichen Regelung zur Unterstützung des Homeoffice mit einer Erhöhung der Homeoffice-Pauschale.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP und Herr Kollege Klingen. Dann ist das so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag die Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit, Europaangelegenheiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 16. September 2022 (Vf. 15-VII-22 und Vf. 16-VII-22) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 23 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV) vom 13. September 2002 (GVBl. 2003 S. 147, BayRS 02-21-S), zuletzt geändert durch Art. 2 des Vertrags vom 14. Dezember 2021 (GVBl. 2022 S. 313, 396) – Vf. 15-VII-22 –
 und Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der § 24 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c und f des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV) vom 13. September 2002 (GVBl. 2003 S. 147, BayRS 02-21-S), zuletzt geändert durch Art. 2 des Vertrags vom 14. Dezember 2021 (GVBl. 2022 S. 313, 396) – Vf. 16-VII-22 –

PII-G1310.22-0014

Drs. 18/24534 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren
 II. Die Anträge sind unbegründet.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

Europaangelegenheiten

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Lebensmittelsicherheit
Rechtsvorschriften für Pflanzen, die mithilfe bestimmter neuer
genomischer Verfahren gewonnen werden
29.04.2022 - 22.07.2022
Drs. 18/22850, 18/24630 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europa-
angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/24630
veröffentlichte Stellungnahme ab.
Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Umwelt
Umweltauswirkungen der Abfallbewirtschaftung –
Überarbeitung der EU-Abfallrahmenrichtlinie
24.05.2022 - 16.07.2022
Drs. 18/23315, 18/24631 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europa-
angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/24631
veröffentlichte Stellungnahme ab.
Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: EU-Strategie für Solarenergie
 COM(2022) 221 final
 BR-Drs. 274/22
 Drs. 18/23860, 18/24624 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 18/24624 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Löschung von Unterlagen zum NSU-Komplex verhindern – Akten der bayerischen Sicherheitsbehörden sichern
 Drs. 18/11697, 18/24381 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Mehr Erholung für Familien – Einkommensgrenzen für staatlich bezuschusste Familienerholung endlich anheben
Drs. 18/21936, 18/24420 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Ausbau der bayerischen Jugend- und Schulsozialarbeit
Drs. 18/22106, 18/24361 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

8. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Inklusive Lösung in der Kinder- und Jugendhilfe rechtzeitig angehen
Drs. 18/22199, 18/24357 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU
Digitale Arbeit nachhaltig in der Arbeitswelt etablieren
Drs. 18/22202, 18/24362 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU
Ausweitung der Altersgrenze bei der Inanspruchnahme von Kindergeld und Kinderfreibeträgen im Rahmen der Coronapandemie
Drs. 18/22335, 18/24528 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Roland Magerl, Jan Schiffers u.a. und Fraktion (AfD)
Willkommenskultur für Kinder:
Einführung einer bayerischen Baby-Box für Neugeborene
Drs. 18/22343, 18/24419 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Frauen an die Macht – Aufstieg von Frauen am Arbeitsmarkt erleichtern!
Drs. 18/22498, 18/24418 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sofortprogramm zur Entlastung und Unterstützung für
Kindertageseinrichtungen bei der Integration geflüchteter Kinder
Drs. 18/22678, 18/24363 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Christian Flisek u.a. SPD
Kitas bei der Aufnahme von Flüchtlingskindern unterstützen
Drs. 18/22681, 18/24364 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berufsspezifische Sprachkurse für Geflüchtete aus der Ukraine
Drs. 18/22683, 18/24358 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz,
Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Arbeitsschutz in Bayern stärken
Drs. 18/22765, 18/24417 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer,
Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Mit 10 Cent pro gefahrenem Kilometer die Tafeln im Freistaat
zusätzlich unterstützen
Drs. 18/22847, 18/24416 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer,
Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Unterstützung für Tafeln aufgrund der gestiegenen Gaspreise
Drs. 18/22881, 18/24415 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer,
Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Die Tafeln in Bayern aufgrund der gestiegenen Strompreise unterstützen
Drs. 18/22882, 18/24414 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona I: Bayerische Corona-Datenlage verbessern, um Überblick über Infektionsgeschehen zu gewährleisten!
Drs. 18/22997, 18/24445 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona II: Kriterien für nötige Maßnahmen im Herbst/Winter 2022 wissenschaftsbasiert festlegen
Drs. 18/22998, 18/24487 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona III: Digitalisierung auf Zack bringen, Gesundheitsämter personell und technisch fit machen!
Drs. 18/22999, 18/24493 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona IV: Offene Kitas und sicheren Regelbetrieb gewährleisten
Drs. 18/23000, 18/24409 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona V: Kinder und Jugendliche zuerst, keinen weiteren Freizeit-Lockdown im Herbst
Drs. 18/23001, 18/24410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona VI: Jetzt Schulen für den Herbst fit machen – Technik und Material
Drs. 18/23002, 18/24426 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona VII: Jetzt Schulen für den Herbst fit machen – Unterricht und Förderung
Drs. 18/23003, 18/24427 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona VIII: Tests für die Bevölkerung in Bayern kostenfrei und erreichbar machen
Drs. 18/23004, 18/24486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona IX: Bayerische Kliniken besser ausstatten!
Drs. 18/23005, 18/24488 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona X: Mit dem Impfen aus der Pandemie kommen – national und weltweit!
Drs. 18/23006, 18/24489 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona XI: Expertise in Post- und Long-COVID-Versorgung in die Fläche tragen!
Drs. 18/23007, 18/24490 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona XII: Hilfen bei psychischen Belastungen durch die Pandemie stärken
Drs. 18/23008, 18/24491 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona XIII: Frauen und Kinder wirksam vor (häuslicher) Gewalt schützen
Drs. 18/23009, 18/24411 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona XIV: Gleichbehandlung von Kultur und vergleichbaren Lebensbereichen gewährleisten
Drs. 18/23010, 18/23698 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Corona XV: Kommunikation verbessern und Informationen aus einer Hand bereitstellen!
Drs. 18/23011, 18/24492 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Anerkennung von Ukrainisch als zweite Fremdsprache am Gymnasium
Drs. 18/23119, 18/24432 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Florian Ritter,
Arif Taşdelen u.a. SPD
Lehren aus dem Hochwasser 2021:
Katastrophenschutz für Herausforderungen rüsten II – Spontanhelfer
Drs. 18/23340, 18/24378 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Florian Ritter,
Arif Taşdelen u.a. SPD
Lehren aus dem Hochwasser 2021:
Katastrophenschutz für Herausforderungen rüsten III – Digitalisierung
Drs. 18/23341, 18/24377 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart,
Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Nutzhanfpotenziale stärker nutzen III –
Hanfbasierte Kosmetikprodukte uneingeschränkt zulassen
Drs. 18/23344, 18/24336 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bericht zu den Erfahrungen mit dem Katastrophenfall
Drs. 18/23546, 18/24376 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

58. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunalstudie zu Angriffen und Anfeindungen gegenüber
Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Bayern
Drs. 18/23582, 18/24375 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

59. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewaltschutz in bayerischen Flüchtlingsunterkünften
Drs. 18/23593, 18/24382 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>